

# ÜBUNGSTEST ÜK4–ÜK5



## LÖSUNG

# Aufgabe 1

## 1.1.3.5.1 Abgaben und Gebühren

- a) Die öffentliche Verwaltung benötigt für die Erfüllung ihrer Aufgaben Geld. Wie kommt die Verwaltung zu diesem Geld?

**Das Geld fließt in Form von Steuern und Kausalabgaben in die Verwaltung ein. Steuern und Kausalabgaben werden von den Bürgern/Bürgerinnen bezahlt.**

- b) Füllen Sie die Tabelle aus.

Kausalabgabe	Gebühren	Vorzugslasten	Ersatzabgaben
Wofür wird diese Kausalabgabe erhoben?	für Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung/ für die Beanspruchung von öffentlichen Einrichtungen	Finanzierung von öffentlichen Anstalten oder Einrichtungen.	für die Nichterfüllung einer Pflicht - infolge Befreiung oder Verweigerung
Wer zahlt wann diese Kausalabgabe?	alle, die die Dienstleistung beanspruchen	Personen, die besonders interessiert sind / einen wirtsch. Sondervorteil damit haben	Bürger/Bürgerin, der/ die seine/ihre Pflicht nicht erfüllt
Beispiel	Abfallgebühr Anschlussgebühr, Grundbuchgebühr,...	Beiträge für Kanalisation, Strassenbau,...	Militärpflichtersatz, Ersatzabgabe für Feuerwehrpflicht,...

- c) Wo ist geregelt, wer, für was, wie viel Gebühren erheben darf?

**Im kantonalen Gebührengesetz und deren Verordnungen.**

- d) Kreuzen Sie das Entsprechende an.

	Steuern	Gebühren	Vorzugslasten	Ersatzabgaben
<b>Abgaben</b>				
werden jährlich erhoben	x			
werden den Leistungsbezieher/Innen individuell belastet		x		
wird anhand Einkommen und Vermögen berechnet	x			
werden bei Nichterfüllung einer auferlegten Pflicht erhoben				x
werden für die Deckung von Kosten öffentlicher Anstalten erhoben			x	
gibt es auf Bundes-, wie auch auf Kantons- und Gemeindeebene	x			

## Aufgabe 2

### 1.1.3.5.2 Kostendeckungs- und Äquivalenzprinzip

a) Erklären Sie das Kostendeckungsprinzip anhand eines Beispiels.

**Der Gesamtertrag der Gebühren darf die gesamten Kosten (inkl. Rückstellungen/Abschreibungen/Reserven) des betreffenden Verwaltungszweiges nicht oder nur geringfügig übersteigen**  
**Bsp.: Verwaltungsgebühren (schrftl. Bescheinigung Registerauszug...) und Kanzleigebühren (Erstellen Photokopien...) bemessen sich nach dem massgeblichen Aufwand (§8 GebG)**

b) Erklären Sie das Äquivalenzprinzip anhand eines Beispiels.

**Die Gebühr darf auch im Einzelfall nicht im offensichtlichen Missverhältnis zum objektiven Wert der bezogenen Leistung stehen. (Verhältnis von Abgabe und Leistung)**  
**Bsp. Bearbeitung Zuzug Einzelperson: ca. 30 Min./35.-. → Vollkosten/Std rund 80.- – 100.-.**

c) Was verstehen Sie unter dem Verursacherprinzip? Wird dieses Prinzip beim Erheben von Gebühren berücksichtigt?

**Mengenabhängige oder mengenunabhängige Gebühr wird dem Verursacher belastet. Ja, Gebühren werden nach dem Verursacherprinzip erhoben.**  
**Bsp. Abfallgebühr: Sackgebühr deckt Kosten der gesamten Entsorgung (Mengen- oder volumenabhängig)**

d) Ordnen Sie den untenstehenden Artikeln aus der Verordnung über die Grundbuchgebühren das jeweilige Prinzip zu und erklären Sie ihre Wahl. (KP= Kostendeckungsprinzip, ÄP= Äquivalenzprinzip VP = Verursacherprinzip)

Gesetzesartikel	Prinzip	Begründung
Für die Eintragung von Eigentum beträgt die Gebühr 2‰.	VP	Die Gebühr ist abhängig vom Vertrags-/Katasterwert pro Handänderung (§2 lit. 1 GBGT)
Wechselt das Eigentum infolge eines Erbgangs, beträgt die Gebühr 1‰ des Katasterwertes, höchstens aber 5000. –.	ÄP	Durch die Obergrenze der Kosten von 5'000.- stehen die Kosten in diesem Fall nicht im offensichtlichen Missverhältnis zu dieser Leistung (§2 lit. 2 GBGT)
Für die Begründung von Stockwerkeigentum beträgt die Gebühr 0.5‰ des Katasterwertes der Liegenschaft oder des Baurechtgrundstückes, mindestens aber Fr. 500. –.	KP	Der Mindestansatz von 500.- gewährleistet, dass die Kosten der Verwaltung für diese Dienstleistung gedeckt sind. (§3 lit 1 GBGT)

## Aufgabe 3

### 1.1.3.8.1 Der politische Einfluss auf die Verwaltung

- a) Wählen Sie vier mögliche politische Akteure aus und beschreiben Sie eine mögliche Schnittstelle zur Verwaltung.

Politischer Akteur	Schnittstelle zur Verwaltung
Medien	Verwaltung muss Stellungnahme geben.
Parteien	Verwaltung prüft die Unterschriften der von den Parteien ausgehenden Initiativen
Gemeinderat	Verwaltung bereitet die Sitzungsunterlagen für die Gemeinderatssitzungen vor.
Gemeindeversammlung	Verwaltung erstellt Grundbucheintrag, wegen eines bewilligten Grundstückverkaufs.

- b) Auf welche Weise hat die Politik Einfluss auf die Verwaltung? Nennen Sie drei Beispiele.

**Der Kantonsrat kann neue Entscheidungen treffen, welche die Mitarbeiter der kantonalen Verwaltung betreffen können.**

**Die Regierungsräte, welche je ein Departement der kantonalen Verwaltung leiten.**

**Der Kantonsrat kann mit den politischen Instrumenten Änderungen der Verwaltung durchsetzen.**

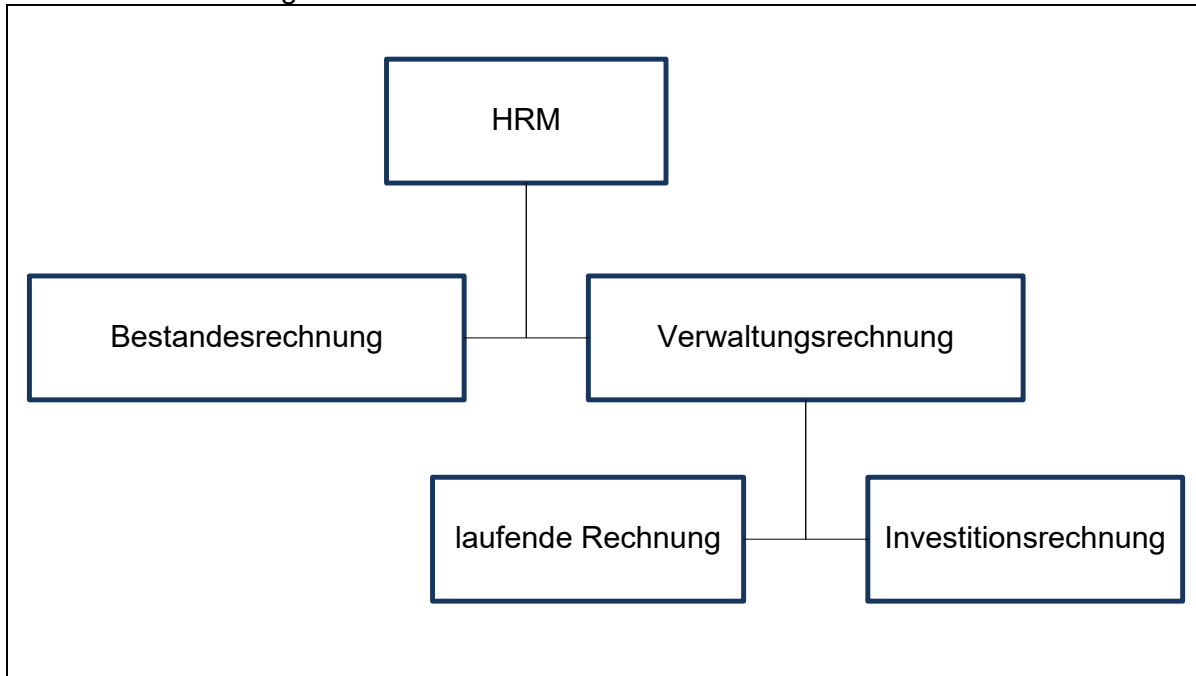
- c) Darf die Verwaltung Einfluss auf die Politik nehmen?

**Nein, die Verwaltung darf keinen Einfluss auf die Politik nehmen. Sie kann jedoch eine beratende Funktion einnehmen.**

## Aufgabe 4

### 1.1.6.1.1 Beispiele des öffentlichen Rechnungsmodells

- a) Schreiben Sie das Rechnungsmodell der öffentlichen Verwaltung ins oberste Feld und skizzieren Sie im folgenden Schema dessen Aufbau.



- b) Nennen Sie die Rechnung, in welcher die aufgeführten Geschäftsfälle verbucht werden.

Geschäftsfall	Rechnung
Ein neuer Computer wird angeschafft.	<i>Laufende Rechnung</i>
Die Feuerwehr benötigt ein neues Feuerwehrauto.	<i>Investitionsrechnung</i>
Geld wird vom Post- auf das Bankkonto umgelagert	<i>Bestandesrechnung</i>
Ein neues Schulhaus wird gebaut	<i>Investitionsrechnung</i>
Büromaterial wird bestellt.	<i>Laufende Rechnung</i>
Wir erhalten Rechnung für die Büromiete	<i>Laufende Rechnung</i>

c) Nennen Sie drei Grundsätze der Rechnungsführung des Öffentlichen Rechnungsmodells und beschreiben Sie diese kurz.

- 1.) **Klarheit:** Die Konti sind verständlich bezeichnet und die Buchungssätze sind eindeutig und aussagekräftig formuliert
- 2.) **Wahrheit:** Die Bewertung ist nach objektiven und überprüfbaren Kriterien vorzunehmen.
- 3.) **Vollständigkeit:** Sämtliche Geschäftsfälle müssen erfasst sein.
- 4.) **Doppelte Buchführung:** Der Gewinn muss doppelt (also in Bilanz und Erfolgsrechnung) nachgewiesen werden.
- 5.) **Stetigkeit:** Jeder Rechnungsabschluss soll bezüglich Inhalt, Bewertung, Gliederung, Vergleichbarkeit stets nach den gleichen Grundsätzen aufgestellt und vergleichbar gemacht werden.
- 6.) **Genauigkeit:** Die Kredite sind möglichst genau zu ermitteln und am Jahresende sind Abgrenzungen vorzunehmen
- 7.) **Spezifikation:** Die im Kontenrahmen vorgesehene Aufteilung der Aufwand- und Ertragsarten sind einzuhalten.
- 8.) **Sollverbuchung:** In der Buchhaltung sind Verpflichtungen und Forderungen zu erfassen, unabhängig vom Zeitpunkt des Zahlungsvollzugs oder des Zahlungseingangs.
- 9.) **Bruttoprinzip:** Aufwand und Ertrag, sowie Ausgaben und Einnahmen sind getrennt und ohne Verrechnung in voller Höhe auszuweisen.
- 10. **Jährlichkeit:** Voranschlag und Rechnung sind pro Kalenderjahr zu erstellen.

d) Füllen Sie die Gegenüberstellung korrekt aus.

	Verwaltungsvermögen	Finanzvermögen
Beschreibung	<b>alle Vermögenswerte, die unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben dienen und deshalb nicht ohne weiteres veräussert werden können</b>	<b>alle Vermögenswerte, welche veräussert werden können, ohne die öffentliche Aufgabenerfüllung zu beeinträchtigen.</b>
Praxisbeispiel	<b>Schulhaus Kanalisation EDV-Anlagen usw.</b>	<b>Bankkonto Liegenschaft mit Schloss usw.</b>

e) Nach welchen drei Arten kann die Jahresrechnung der öffentlichen Verwaltung gegliedert werden? Welche davon sind Pflicht für Gemeinden?

- Artengliederung (Pflicht)**
- Funktionale Gliederung (Pflicht)**
- institutionelle Gliederung (nur bei grösseren Gemeinden, beim Kanton und Bund Pflicht)**

## Aufgabe 5

### 1.1.6.2.1 Genehmigungsverfahren

- a) Das Genehmigungsverfahren der Jahresrechnung erfordert einen exakten Ablauf. Bringen Sie die Schritte in die richtige Reihenfolge und nennen Sie die zuständigen Stellen auf Kantonsebene oder Gemeindeebene.

		Gemeindeebene	Kantonebene
3	Bericht der Finanzkontrolle an die Exekutive zuhanden der Legislative	<i>Revisionskommission</i>	<i>Finanzkontrolle</i>
4	Einberufung der Legislativbehörde	<i>Gemeindeversammlung</i>	<i>Kantonsparlament</i>
1	Erstellen der Rechnung durch die Exekutive	<i>Gemeinderat</i>	<i>Regierungsrat</i>
5	Genehmigung der Rechnung durch die zuständige Behörde	<i>Gemeindeversammlung</i>	<i>Kantonsparlament</i>
2	Prüfung der Rechnung durch die Finanzkontrolle.	<i>Revisionskommission</i>	<i>Finanzkontrolle</i>

## Aufgabe 6

### 1.1.6.2.2 Jahresrechnung/Voranschläge

- a) Finanzkennzahlen ermöglichen die Gewinnung wichtiger Informationen zur Finanzpolitik. Was wird konkret durch Finanzkennzahlen ermöglicht? Nennen Sie zwei Punkte.

- *Finanzielle Entwicklung kann beurteilt werden*

- *Die Wirkung von finanzwirtschaftlichen Massnahmen kann festgestellt werden*

- *Informationen über die Finanzlage wird gewonnen*

- b) Beurteilen Sie untenstehende Aussagen über den Tabelleninhalt. Begründen Sie entweder deren Richtigkeit oder korrigieren Sie die Aussage.

<b>Finanzkennzahlen 2012</b>				
<b>Gemeinde</b>	<b>Steuerfuss</b>	<b>Selbstfinanzierungsgrad</b>	<b>* Nettoschuld pro Einwohner</b>	<b>Zinsbelastungsanteil</b>
	in Einh.	in %	in Fr.	in %
Entlebuch	2.2000	192.75	3278	0.80
Luzern	1.7500	25.85	2894	-4.57
Menznau	2.4000	222.66	5208	0.91
Meggen	1.0350	71.36	-2386	-0.25

\* kantonales Mittel = Fr. 2'445

Im Kanton Luzern beträgt das gesetzliche Maximum der Nettoschuld/Einwohner das doppelte kantonale Mittel

Die Gemeinde Entlebuch konnte die Investitionen im Jahr 2012 selber bezahlen ohne neue Schulden machen zu müssen.

**Richtig; Der Selbstfinanzierungsgrad der Gemeinde Entlebuch war im Jahr 2012 192.75 %, also über 100%. Das bedeutet, wie die Aussage zeigt, dass sie die Investition durch selbst-erarbeitete Mittel finanzieren konnten.**

Je höher der Steuerfuss, desto beliebter ist die Gemeinde für wohlhabende Personen.

**Falsch; Wohlhabende Personen bevorzugen normalerweise Gemeinden mit tiefem Steuerfuss, da Sie dort weniger Steuern zahlen müssen.**

Die Stadt Luzern leidet an einem enormen Zinsbelastungsanteil, was dazu führt, dass Sie die Investitionen nicht selber bezahlen können.

**Falsch; Man spricht erst von einem erhöhten Zinsbelastungsanteil bei >2%. Die Stadt Luzern hat sogar einen negativen Zinsbelastungsanteil. (Das bedeutet, die Zinserträge ihrer Vermögenswerte sind höher als die Zinsbelastung aus den Schulden.)**

Die Gemeinde Menznau überschreitet das gesetzliche Maximum der Nettoverschuldung pro Kopf.

**Richtig; Das gesetzliche Maximum beträgt das doppelte kantonale Mittel, welches im Jahr 2012 2 x 2445.-, also 4890 war. Die Gemeinde Menznau hatte eine Nettoverschuldung pro Kopf von 5208.-, ist also grösser als das doppelte Mittel.**

Wenn das gesetzliche Maximum der Nettoverschuldung pro Kopf überschritten wird, greift der Kanton ein und kann einen höheren Steuerfuss verlangen.

**Richtig; dies ist gesetzlich so geregelt.**



## Aufgabe 7

### 1.1.3.1.1 Auftrag des Lehrbetriebes

a) Nennen Sie je zwei Stakeholder der öffentlichen Verwaltung.

intern	extern
<i>Mitarbeitende</i>	<i>Bürger/innen</i>
<i>Interne Stellen/ andere Abteilungen</i>	<i>Politische Organe (Regierung, Parlament, Gerichte, Parteien), Öffentliche Institutionen (Bund, Kantone, Gemeinden), Verbände, Sozialpartner, Lieferanten, Medien,...</i>

b) Was ist ein Leitbild?

*Ein Leitbild ist die schriftliche Formulierung von Verhaltensgrundsätze einer Unternehmung. Dieses Dokument ist für die Öffentlichkeit und die Mitarbeitenden bestimmt.*

c) Warum erstellt man ein Leitbild?

*Das Leitbild trägt zur Orientierungshilfe für die Mitarbeitenden und die Öffentlichkeit bei. Intern werden die Tätigkeiten anhand des Leitbildes ausgerichtet. Externe Anspruchsgruppen wissen was sie von der Unternehmung erwarten können. Ein Leitbild kann auch als Massnahme der Öffentlichkeitsarbeit angesehen werden.*

d) Was ist ein Legislaturprogramm?

*Im Legislaturprogramm werden Ziele und Handlungsfelder für eine Amtsperiode definiert. Das Legislaturprogramm dient somit als Leitplanke für die Tätigkeiten der Exekutive (Regierungsrat, Gemeinderat und Bundesrat).*

e) Wer verabschiedet ein Legislaturprogramm?

*Das Legislaturprogramm wird von der Exekutive (Regierungsrat) in Zusammenarbeit mit den Direktionen/Departementen erstellt. Der Regierungsrat verabschiedet anschliessend das Legislaturprogramm. Je nach Region wird das Legislaturprogramm der Legislative zur Kenntnisnahme vorgelegt.*

f) Nennen Sie mindestens ein Legislaturziel, welches Ihre Kantonsregierung oder Ihre Gemeinderäte definiert haben?

*Antwort individuell nach lokalen Gegebenheiten*

g) Nennen Sie zwei Ziele/Orientierungen des New Public Managements.

***Leistungsorientierung***

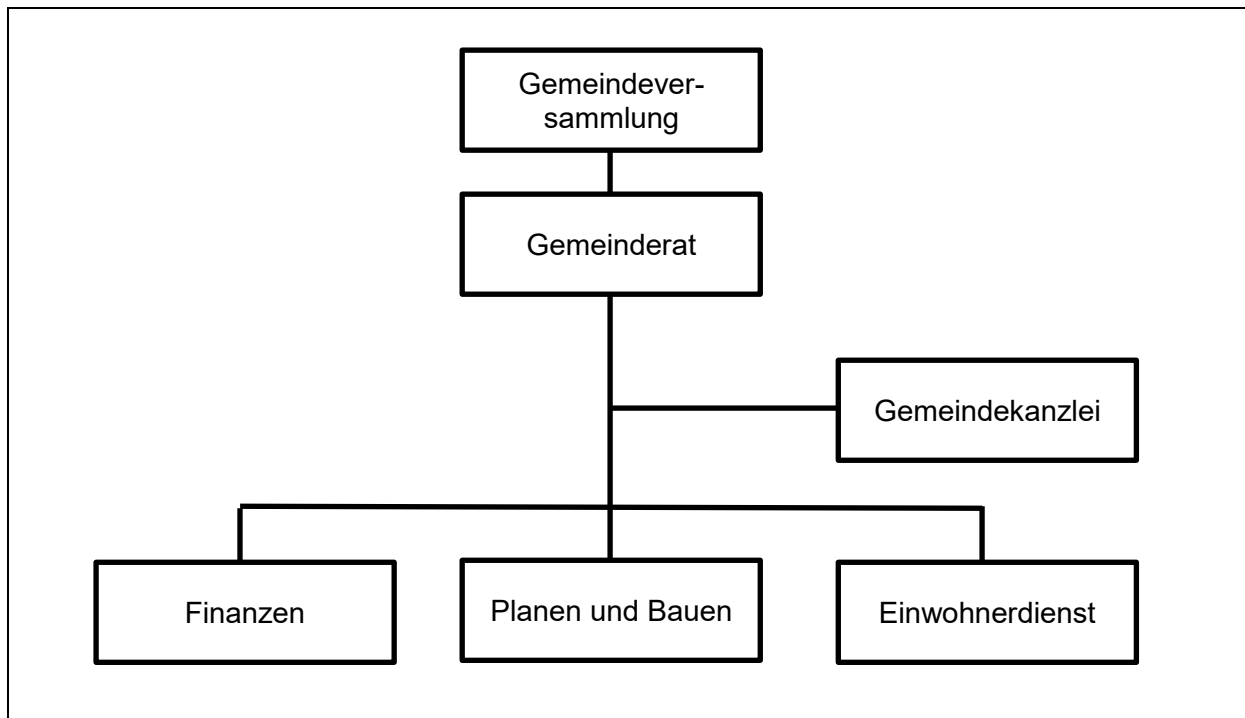
***Wirkungsorientierung***

***Kostenorientierung***

***Führungsorientierung***

## Aufgabe 8

### 1.1.5.1.1 Organigramm



- a) Was ist eine Stabstelle? Nennen Sie auch die Stabstelle/n im Organigramm der Gemeinde Musterhausen.

**Stabstellen unterstützen und beraten die Linienstellen, haben jedoch keine Weisungsbefugnisse. In der Gemeinde Musterhausen ist die Gemeindekanzlei eine Stabstelle, die den Gemeinderat unterstützt.**

- b) Was ist eine Linienstelle?

**Linienstellen sind befolgungsverpflichtet gegenüber vorgesetzten Stellen und gleichzeitig weisungsbefugt gegenüber untergeordneten Stellen.**

- c) Welches sind die Linienstellen der Gemeinde Musterhausen?

**Finanzen, Planen und Bauen, Einwohnerdienst**

- d) Welches ist das oberste Organ der Gemeinde Musterhausen?

**Die Gemeindeversammlung ist das oberste Organ.**

- e) Wer ist für die Führung der Verwaltung der Gemeinde Musterhausen verantwortlich?

**Der Gemeinderat ist für die Führung verantwortlich.**

## Aufgabe 9

### 1.1.5.1.2 Berufsperspektiven in der öffentlichen Verwaltung

- a) Schreiben Sie Ihre Berufsperspektiven in der öffentlichen Verwaltung nieder.

*individuell (keine Lösung)*

## Aufgabe 10

### 1.1.5.1.3 Öffentlich-rechtliches Anstellungsverhältnis

- a) Unterscheiden Sie das privat-rechtliche Anstellungsverhältnis vom öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnis.

	Privat-rechtliches Anstellungsverhältnis	Öffentliche-rechtliches Anstellungsverhältnis
Arbeitgeber	<i>juristische oder natürliche Person</i>	<i>Staat (Bund/Kanton/Gemeinde)</i>
Entsteht durch/ Gültig durch	<i>Arbeitsvertrag</i>	<i>Wahlurkunde oder teilweise auch Arbeitsvertrag</i>
Willensäußerung (einseitig oder gegenseitig?)	<i>gegenseitig</i>	<i>einseitig (man wird vom Staat gewählt) oder falls Arbeitsvertrag ebenfalls gegenseitig</i>
rechtliche Grundlagen	<i>Obligationenrecht OR</i>	<i>eigene Rechtsgrundlagen (grosse Teile analog OR)</i>